



Regionalregierung: „Für Frauen nur Brosamen“

REGIONALRAT: Eine Frau in der Chefetage reicht – Trotz flammender Reden der Opposition stimmt SVP mit Fratelli und Co. gegen Quote

BOZEN (bv). Vor einem Jahr wurde monatelang auf die Kommasstelle herumgerechnet, um 2 italienische Landesräte in die Landesregierung zu hieven. Wenn es um die Vertretung der Frauen in der Regionalregierung geht, so muss eine Frau aber reichen: So beschlossen gestern im Regionalrat mit einer von den Damen sehr emotional geführten Debatte und einem ziemlich kleinlauten Landeshauptmann.

Was sich im Regionalrat abspielte, war das angekündigte Ende eines Trauerspiels. Während Frauen in der Landesregierung und in Gemeindefräaktionen anteilmäßig zu ihrer Stärke im Landtag bzw. Gemeinderat vertreten sein müssen, wird dies in der Regionalregierung weiterhin

nicht gelten. Obwohl die SVP ursprünglich einen Gesetzesentwurf der Grünen unterzeichnet hatte, knickte sie vor den Mitte-Rechts-Partnern in der Region ein. Im regionalen Wahlgesetz steht künftig also nur, dass beide Geschlechter vertreten sein müssen. Auf den Punkt gebracht: Auch eine einzige reicht.

Gegen diese „Schande“ wehrten sich u.a. Grüne und Team K. „Als Frau in der Politik hab ich mir anhören müssen, dumm, hässlich und eine Rabenmutter zu sein“, so Brigitte Foppa. Mit diesem Gesetz entmutigt man Frauen, sich einzubringen. „Für die Frauen bleiben wieder nur Brosamen übrig. Ihr könnt den Gleichstellungsplan mit verbrennen“, so Maria Elisabeth Rieder.



Nach einer hitzigen Diskussion einigte sich der Regionalrat auf die Minimallösung: eine Frau in der Regionalregierung soll reichen.

„Wir Rechten halten nichts von Quote. Ich bin Beispiel dafür, dass man es auch aus eigener Kraft schaffen muss“, meinte hingegen die Trentiner Landeshauptmannstellvertreterin Francesca Gerosa (Fratelli).

Dem ist wohl wenig hinzuzufügen, außer der Position von Landeshauptmann Arno Kompatscher. Dieser hätte sich auch mehr gewünscht. Die gestern mit 35 Ja, 23 Nein und 6 Enthaltungen beschlossene Minimallösung sei ein Kompromiss in der Mehrheit. Die SVP nehme diesen Kompromiss an, da er besser sei, als bisher gar nichts im Gesetz stehen zu haben.

© Alle Rechte vorbehalten

